

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ratsvorsitzender Stefan Becker

Ratsmitglied Katja Breuer

Ratsmitglied Martin Ehlers (online)

Bürgermeisterin Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Uwe Heinemann

Beigeordneter Stephan Hellwig

Ratsmitglied Michael Kunze

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann (online)

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Jörg Mückenwarf

Ratsmitglied Astrid Zaage (online)

Mitglied SPD-Fraktion

Beigeordnete Nurhayat Bakir

Ratsmitglied Christina Heide

Beigeordneter Howard Jacques

Bürgermeister Uwe Reese

Ratsmitglied Detlef Schön

Ratsmitglied Kristian Stoermer

Ratsmitglied Florian Wiese

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsmitglied Antje Johanna Kloster

Beigeordneter Andreas Tönjes

Ratsmitglied Michael von den Berg

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ratsmitglied Andreas Lang

Ratsmitglied Christian Ressel

Ratsmitglied Dr. Günther Schulte

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion

Beigeordneter Thorsten Moriß (anwesend bis 18.30 Uhr, vor Abstimmung zu TOP 7.6.2)

Ratsmitglied Irina Moriß-Kappes (anwesend bis 18.30 Uhr, vor Abstimmung zu TOP 7.6.2)

Ratsmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß (online)

fraktionslos

Ratsmitglied Mirco Danner

Ratsmitglied Sebastian Seidel

Dezernenten

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Stadtbaurat Nikša Marušić

Stadtkämmerer Thomas Bruns

von der Verwaltung

Leitung Referat 5 - Referat für Recht, Kommunalverfassungsangelegenheiten, Kultur, Bildung und Sport Marion Winkel-Fiedelak

Gleichstellungsbeauftragte Cordula Franke

Fachbereichsleiterin Kommunikation & Koordination Julia Muth

Fachbereichsleiter Finanzen Torben Müller

Protokollführerin

Fachbereich Kommunikation & Koordination Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Georg Berner-Waindok

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Ratsmitglied Gesche Marxfeld

Ratsmitglied Petra Stomberg

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite 14

B. Nichtöffentlicher Teil ab Seite 15

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

6.1	Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien (auf Antrag der SPD-Fraktion)	
7.1.1	Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2020 (Kernverwaltung)	77/2021
7.2.1	Antrag Ratsherr Ressel: Berufung eines Kfz-Beauftragten	538/2021
7.3	Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Schön)	
7.3.1	Bebauungsplan Nr. 224 (vorhabenbezogen)/Vorhaben- und Erschließungsplan 032 (VEP 032) - Graudenzer Straße / Nahversorgung - (mit Örtlicher Bauvorschrift)	155/2021
	Entwurfsbeschluss	
7.3.2	STEP Plus - Beirat für Stadtentwicklung	156/2021
	Änderung der Geschäftsordnung	
7.4.1	Mietverträge für die Überlassung städtischer Sportanlagen - Anpassung der Miethöhe aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie	171/2021
7.5.1	Aufbau einer regionalen Ökologischen Station und Einrichtung von Kooperationen i. S. des „Niedersächsischen Weges“	160/2021
7.5.2	Beitritt der Stadt Wilhelmshaven zur Entwicklungszone der Biosphärenregion Niedersächsisches Wattenmeer	161/2021
7.6.1	LOI LAGA 2026 - Botschafter der Region	104/2021
7.6.2	Antrag AfD-Fraktion: Einbringen der vorl. Investitionssumme von 90.00,00 € in den TBW-Wirtschaftsplan 2022 für einen Tierfriedhof	541/2021
7.7.1	Berufung neuer Schulausschussmitglieder auf Vorschlag des Stadtelternrates	159/2021
9.1	Antrag Gruppe GUS: Beseitigung Obdachlosigkeit	542/2021
10	Einwohnerfragestunde	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Becker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Tönjes bemängelte die Behandlung der Vorlage Nr. 74/2021 im nichtöffentlichen Teil der Sitzung. Anschließend begründete er, warum dies seiner Meinung nach ein Punkt des öffentlichen Teils sein müsste. Er könne keine Gründe für eine Beratung im nichtöffentlichen Teil erkennen.

Herr Schönfelder informierte, die Vorlage Nr. 2/2021, **Tagesordnungspunkt 12.2.1**, werde **zurückgezogen**.

Die Tagesordnung wurde daraufhin in der geänderten Form festgestellt.

- 3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 17.02.2021 (fortgesetzt am 22.02.2021)

Herr Tönjes kritisierte erneut, dass das Protokoll nicht zeitnah zur Genehmigung vorliegen würde. Er werde aus diesem Grund der Protokollgenehmigung nicht zustimmen.

Außerdem bat er, die Aufnahme der Sitzung vom 17.02.2021 nicht zu löschen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen)

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 17.02.2021 (fortgesetzt am 22.02.2021) wird genehmigt.

- 4 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

- 5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Herr Marušić informierte, der Verwaltungsausschuss habe in seiner Sitzung am Montag der Vergabe für die Leistungen Stadtteilmanagement, treuhänderische Sanierungsdienstleistungen und Stärkung der lokalen Ökonomie in „Wilhelmshaven – Tonndeich“ **nicht** zugestimmt. Die Verwaltung könne somit die entsprechenden Verträge nicht für die Dauer eines Jahres abzuschließen. Das bedeute, die Verwaltung müsse nun selber die Aufgaben durchführen mit der Folge, dass nicht alle Anfragen zeitgerecht abgearbeitet werden können.

- 6 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Hellwig)

- 6.1 Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien (auf Antrag der SPD-Fraktion)

Herr Jacques beantragte folgende Umbesetzungen:

Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

Stellvertreter für Beigeordnete Bakir: Ratsherr Kristian Stoermer

Ausschuss für Personal, Datenverarbeitung und Gleichstellungsfragen

Anstelle von Ratsherrn Mückenwarf: Ratsherr Kristian Stoermer

Betriebsausschuss Krankenhaus

Stellvertretende Ausschussvorsitzende anstelle von Ratsherrn Mückenwarf: Bürgermeisterin Ursula Glaser

Gesellschafterversammlung Klinikum Wilhelmshaven gGmbH

Vertreter anstelle von Ratsherrn Mückenwarf: Ratsherr Kristian Stoermer

Verbandsversammlung Oldenburgisch-Ostfriesischer Zweckverband für die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen

Anstelle von Ratsherrn Münkenwarf: Beigeordneter Howard Jacques

Den vorgetragenen Umbesetzungen wurde **einstimmig zugestimmt**.7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat7.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsherr Heinemann)7.1.1 Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2020 (Kernverwaltung) **77/2021****Herr Heinemann** trug die Informationsvorlage des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 14.06.2021 vor.**Herr Bruns** erläuterte kurz die vorgelegten Zahlen.**Beschluss:** -zur Kenntnisnahme-

Der Rat nimmt den beigefügten vorläufigen Jahresabschluss 2020 zur Kenntnis.

7.2 Ausschuss für Personal, Datenverarbeitung und Gleichstellungsfragen (Ratsherr Heinemann)7.2.1 Antrag Ratsherr Ressel: Berufung eines Kfz-Beauftragten **538/2021****Herr Ressel** trug den Antrag vor und begründete diesen anschließend.Die Ratsmitglieder **von den Berg, Heide, Tönjes, Hellwig, Jacques** und **Walpurgis** brachten übereinstimmend ihre Ablehnung gegenüber dem Antrag zum Ausdruck.

Herr von den Berg nannte den Antrag ehrlich und bedauerte, dass „Grün“ noch genügend Bedeutung besitze, um derartige Anträge überflüssig zu machen.

Frau Heide zeigte anhand der Kosten pro Kopf und Jahr auf, dass bereits jetzt sehr viel mehr Geld in den Bereich Straßen und Verkehr investiert werde, als für Radwege. Sie stimmte mit Herrn Walpurgis in der Auffassung überein, dass die Lobby der Autofahrer ohnehin groß sei und daher keine zusätzliche Unterstützung benötige. Herr Walpurgis vertrat außerdem die Auffassung, dass „Beauftragte“ besonders schützenswerte Minderheiten vertreten würden, dies sei im Bereich „KfZ“ jedoch nicht der Fall. Auch Herr Hellwig gab zu bedenken, dass für dieses Thema nicht noch mehr Personal aufgewendet werden müsse.

Herr Tönjes hielt den Antrag für sehr ernst, Herr Jacques hingegen für einen Wahlkampfzuschuss.

Herr Moriß begrüßte den Antrag, der zu mehr Gleichberechtigung für die Autofahrer führe. Die AfD-Fraktion werde daher dem Antrag zustimmen.Der anschließend von **Frau Weinstock** eingebrachte Geschäftsordnungsantrag auf „**Schluss der Debatte**“ wurde **mehrheitlich angenommen**.Nachdem **Herr Ressel** abschließend zum Antrag Stellung genommen hatte, erfolgte die Abstimmung.

Beschluss: -mehrheitlich **abgelehnt**-
(bei 6 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beauftragt die Verwaltung, einen Beauftragten für den Kfz-Verkehr in der Stadt Wilhelmshaven zu suchen. Anschließend wird zeitnah, binnen maximal sechs Monaten, eine geeignete Person zur Ernennung dem Rat vorgestellt.

7.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Schön)

7.3.1 Bebauungsplan Nr. 224 (vorhabenbezogen)/ **155/2021**
Vorhaben- und Erschließungsplan 032 (VEP 032)
-Graudenzer Straße / Nahversorgung- (mit Örtlicher Bauvorschrift)
Entwurfsbeschluss

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 08.06.2021 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans Nr. 224 (vorhabenbezogen)/ Vorhaben- und Erschließungsplans 032 (VEP 032) -Graudenzer Straße / Nahversorgung- (mit Örtlicher Bauvorschrift). zu und beschließt, diesen (mit Örtlicher Bauvorschrift) einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

7.3.2 STEP Plus - Beirat für Stadtentwicklung **156/2021**
Änderung der Geschäftsordnung

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 08.06.2021 vor.

Herr Dr. von Teichman brachte folgenden **Änderungsantrag** für die Gruppe FDP/FW ein:

„Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung formuliert die vorliegende Geschäftsordnung um, indem sowohl jegliche Gender-Sternchen etc. („Asterisk“) sowie andere Formulierungen sowohl der weiblichen und männlichen Form vermieden werden („... im Namen des/der Beiratssprechers/in...“). Es wird stattdessen durchgehend die übliche Form des generischen Maskulinums verwendet. Am Anfang der Geschäftsordnung wird vermerkt, dass dieses generische Maskulinum auch für die weibliche Form steht.“

An der regen Diskussion zum Änderungsantrag beteiligten sich **Herr Tönjes, Herr Seidel, Frau Weinstock, Herr Prof. Preuß, Frau Franke, Herr Hellwig** und **Herr Ressel**.

Der daraufhin von **Frau Glaser** eingebrachte Geschäftsordnungsantrag auf „**Schluss der Debatte**“ wurde **mehrheitlich angenommen**.

Nach einem Schlusswort von **Herrn Dr. von Teichman** wurde der **Änderungsantrag** bei 8 Ja-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Tönjes begrüßte die vorgeschlagene Änderung der Geschäftsordnung des Beirates. So liege die Besetzung wieder beim Rat und das Programm lebe wieder auf.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die geänderte Geschäftsordnung in der anliegenden Fassung (Stand 26.04.2021) für den Beirat für Stadtentwicklung (Anlage 1).

Die Anlage 1 ist Bestandteil des Protokolls.

7.4 Ausschuss für Sport (Ratsherr Möhle)

7.4.1 Mietverträge für die Überlassung städtischer Sportanlagen - Anpassung der Miethöhe aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie **171/2021**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Sport vom 10.06.2021 vor.

Herr von den Berg konnte das Anliegen nachvollziehen, gab aber zu bedenken, dass Sportvereine nicht allein betroffen seien. Er halte es für wünschenswert, wenn Ähnliches auch für Kultureinrichtungen ermöglicht würde.

Nachdem **Herr Reese** die Vorlage begrüßt hatte, machte **Herr Dr. von Teichman** darauf aufmerksam, dass es hier keinerlei Unterstützung von Bund oder Land gebe. Angesichts der aktuellen Haushaltssituation handele es sich um eine nicht unerhebliche Summe, für die es alle Möglichkeiten der Kompensation auszuloten gelte.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 1 Nein-Stimme)

Der Rat stimmt der Anpassung der Miethöhe für die von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffenen Verträge für die Überlassung städtischer Sportanlagen mit Sportvereinen auf 50 % der vertraglich vereinbarten Mieten für den Zeitraum ab März 2020 zu.

7.5 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz
(Ratsfrau Kloster)

7.5.1 Aufbau einer regionalen Ökologischen Station und Einrichtung von Kooperationen i. S. des „Niedersächsischen Weges“ **160/2021**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 02.06.2021 vor.

Herr Dr. von Teichman machte zum einen darauf aufmerksam, dass es möglicherweise zwischen dem Niedersächsischen Programm, das zwischen dem Land und den Landwirten mittlerweile abgestimmt sei, und dem neuen Bundesprogramm zum Schutz der Insekten noch weiteren Abstimmungsbedarf gebe. Zum anderen bekomme die Stadt durch dieses Programm weitere Aufgaben, jedoch weder zusätzliche Haushaltsmittel noch ausreichend Personal für die Umsetzung. Damit das Programm erfolgreich mit Leben gefüllt werden könne, sei dies jedoch unbedingt erforderlich. Er sei auch gespannt, wie die Umsetzung im Zusammenspiel mit dem Land funktioniere. Seiner Meinung nach müsse sich das Land hier deutlich mehr engagieren.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 2 Enthaltungen)

Der Rat spricht sich für die Umsetzung des vorgelegten Konzepts zum Aufbau einer regionalen Ökologischen Station und zur Bildung von Kooperationen zur Teilumsetzung des „Niedersächsischen Weges“ aus.

7.5.2 Beitritt der Stadt Wilhelmshaven zur Entwicklungszone der Biosphärenregion Niedersächsisches Wattenmeer **161/2021**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 02.06.2021 vor.

Herr Hellwig informierte, dass die Gruppe hier nicht einheitlich abstimmen werde. Man habe mit dem AWV und den Landwirten Gespräche über den Beitritt geführt. Gerade die Landwirtschaft sei nicht überzeugt, wohingegen der AWV sich mittlerweile für einen Beitritt ausspreche. Ihm stelle sich die Frage, wozu ein Beitritt erforderlich sei, wenn dieser, wie so oft dargestellt, keinerlei Auswirkungen habe. Er persönlich sehe einen Beitritt kritisch und werde die Beschlussvorlage daher ablehnen.

Herr Marušić lobte das Programm und die dort genannten 17 Ziele, die sich auf zahlreiche Themenbereiche erstreckten. Anschließend gab Herr Marušić einen Überblick über die Bereiche, in denen die Stadt bereits im Umwelt- und Naturschutz gut aufgestellt ist. Er machte darauf aufmerksam, dass es durch einen Beitritt keine Beschränkungen gebe, wohl aber viele Chancen.

Herr von den Berg appellierte, durch eine Zustimmung ein gemeinsames Signal für den Beitritt zu senden und prophezeite, dass die Gemeinden und die gesamte Region davon profitieren würden. Eine Ablehnung des Beitritts gebe hingegen ein völlig falsches Zeichen. Letztlich tue der Rat mit seiner Zustimmung auch der Landwirtschaft etwas Gutes.

Frau Breuer erklärte, die WBV-Fraktion werde dem Beitritt zustimmen. Die Fraktion sehe eher die damit verbundenen Chancen. Man nehme die Bedenken der Landwirte ernst, könne aber nichts erkennen, was deren Belange gefährde. Die Fraktion wolle die Chancen in den Vordergrund stellen und dem Ruf als Weltnaturerbe Wattenmeer gerecht werden.

Für **Herrn Ressel** blieb dennoch ein ungutes Gefühl bezüglich etwaiger Nachteile aus einem Beitritt. Er betonte jedoch, dem Beitritt zustimmen zu wollen.

Frau Kloster wies darauf hin, dass in allen vorbereitenden Sitzungen die von den Landwirten geäußerten Bedenken von den Verantwortlichen zerstreut werden konnten. Es werde keine neue Struktur geschaffen, um Landwirte zu gängeln. Vielmehr gehe es darum, dass aufgrund des neuen Status Zugang zu neuen Fördermöglichkeiten eröffnet werden könnten.

Herr Wiese fügte hinzu, der Beitritt ergänze sich gut mit dem Bestreben Wissenschaftsstadt zu werden.

Herr Schön nannte es folgerichtig, der Entwicklungszone beizutreten. Er könne zudem die Bedenken der Landwirte nicht nachvollziehen. In diesem Zusammenhang zitierte Herr Schön aus einer Stellungnahme des Niedersächsischen Ministers für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz, Olaf Lies, laut der es durch einen Beitritt keine neuen Restriktionen für die Landwirtschaft gebe.

Herr Möhle machte darauf aufmerksam, dass das Thema bereits sehr ausführlich vorbesprochen worden sei und stellte daraufhin den Geschäftsordnungsantrag auf „**Schluss der Debatte**“.

Der Geschäftsordnungsantrag von Herrn Möhle wurde **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 9 Nein-Stimmen)

Der Rat beschließt den Beitritt der Stadt Wilhelmshaven zur Entwicklungszone der Biosphärenregion Niedersächsisches Wattenmeer

Anschließend unterbrach der Ratsvorsitzende die Sitzung für eine **Pause von 17:25 Uhr bis 17:50 Uhr**.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die Beratung der Punkte des Betriebsausschusses Technische Betriebe.

7.6 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven
(Beigeordneter Moriße)

7.6.1 LOI LAGA 2026 - Botschafter der Region

104/2021

Herr Moriße trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 04.06.2021 vor.

Herr Jacques signalisierte Zustimmung, bat aber auch, die Bürger bei den Planungen mitzunehmen und deren Bedenken ernst zu nehmen.

Herr Dr. von Teichman betonte, man befinde sich erst am Anfang der Planungen. Die Gruppe FDP/FW werde zustimmen, habe jedoch einige Bedenken. Er stellte dazu einen entsprechenden Antrag in Aussicht, der jedoch erst eingereicht werden solle, wenn alle Fragen geklärt seien. So dürfe hinsichtlich der Finanzen kein Risiko eingegangen werden, da sich die Stadt ohnehin am Rande der finanziellen Möglichkeiten befinde. Hier müsse die Stadt sehr genau prüfen, ob sie sich ein solches Projekt leisten könne. Zudem müsse mit Bedenken von Seiten der Bürger gerechnet werden, welche die Stadt in den Prozess einbezogen habe. Letztlich müsse es im Falle eines Zuschlags für die Durchführung einer Landesgartenschau klare ökologische Aspekte geben, die eingehalten werden müssen. Insgesamt rate er, sehr vorsichtig an das Thema heranzugehen.

Herr Hellwig machte darauf aufmerksam, dass die Landesgartenschau überregional wirke und viele Menschen in die Stadt bringe. Die Veranstaltung biete die Möglichkeit, den Stadtpark wieder als gartenbauliches Kleinod herzustellen. Es sei wohl allen bewusst, dass ein solches Projekt nicht umsonst zu haben sei, doch wolle er hier auf die Museumsschiffe hinweisen, deren Finanzierbarkeit auch nicht in Frage gestellt worden sei. Die Stadt solle sich vielmehr darüber freuen, ein Teil des Projektes werden zu können. Über die Kosten gelte es, zu einem späteren Zeitpunkt zu diskutieren.

Herr Tönjes erklärte, er werde den Beschlussvorschlag ablehnen. Der Stadtpark solle in erster Linie für die Bevölkerung da sein und nicht als Touristenattraktion erhalten müssen. Ebenso halte er die Finanzierung des Ganzen für fraglich.

Herr Ressel fand die Beschlussvorlage durchaus unterstützenswert. Dennoch appellierte er, auch die Bedenken von Herrn Dr. von Teichman für das Gesamtprojekt zu berücksichtigen. Hinsichtlich der Finanzierung könne er sich vorstellen, dass sich hier auch positive Effekte ergäben. Er rate, heute zuzustimmen und die weiteren Ergebnisse der Verwaltung abzuwarten.

Frau Kloster brachte die ablehnende Haltung der Gruppe GUS zum Ausdruck. Sie stimme den Einwänden von Herrn Dr. von Teichman zu und sehe enorme Risiken. Um den Stadtpark zu verändern, sei das aktuell laufende Projekt „Zukunft Stadtgrün“ vollkommen ausreichend. Eine Landesgartenschau werde jedoch nicht benötigt – ein solches Unterfangen berge zu viele Risiken und werde sich als Verlustgeschäft entpuppen.

Auf Bitten von **Frau Bakir** gab **Herr Marušić** anschließend einige Erläuterungen.

Herr Moriße warf die Frage auf, ob es womöglich vom Rat nicht gewollt sei, dass der Park im Zuge der Vorbereitungen für die Landesgartenschau wieder in seinen alten Zustand versetzt werde. Seitens der AfD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag jedoch zugestimmt.

Auf den Geschäftsordnungsantrag von **Herrn Walzner** auf **Vertagung** erklärte **Oberbürgermeister Feist**, es gehe heute lediglich um eine Absichtserklärung, das Projekt gemeinsam mit dem Landkreis Friesland durchzuführen. Dies solle ein kraftvolles Signal an die Landesregierung geben, dass sich die Region gemeinsam für eine Durchführung ausspreche. Einen Grund für eine Vertagung sehe er nicht, da es ausschließlich um eine Absichtserklärung gehe und nicht um inhaltliche Themen.

Der **Vertagungsantrag** von **Herrn Walzner** wurde anschließend **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 4 Nein-Stimmen, darunter Herr Tönjes, und 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven ermächtigt die Verwaltung im Rahmen der Erstellung von Bewerbungsunterlagen zur Landesgartenschau 2026 den „Letter of Intent (LOI) Landesgartenschau 2026 Wilhelmshaven – Botschafter der Region“ (Anlage) zu unterzeichnen.

7.6.2 Antrag AfD-Fraktion: Einbringen der vorl. Investitionssumme von 90.000,00 € in den TBW-Wirtschaftsplan 2022 für einen Tierfriedhof **541/2021**

Herr Moriße brachte den folgenden **Änderungsantrag** zu seinem Antrag ein:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen zum Tierfriedhof umgehend umzusetzen und notwendigen Arbeiten zeitnah zu vergeben. Die Erstellung des Tierfriedhofs soll spätestens 2022 abgeschlossen sein.“

Die **Herren Dr. von Teichman** und **Walzner** wiesen darauf hin, dass das Vorhaben im Wirtschaftsplan bei TBW bereits enthalten sei und noch in diesem Jahr realisiert werden solle.

Herr Marušić fügte ergänzend hinzu, es seien zwar insgesamt 90T€ in den Wirtschaftsplan eingestellt; der Tierfriedhof könne jedoch noch nicht in diesem Jahr realisiert werden.

Herr Möhle stellte den Geschäftsordnungsantrag auf **Nichtbefassung**.

Herr Tönjes warf die Frage auf, warum nicht auch eine Ablehnung reiche und **Herr Moriße** hielt seinen Antrag für unschädlich und vermutete dabei Parteiorientiertheit.

Der Geschäftsordnungsantrag auf **Nichtbefassung** wurde bei 14 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Ressel merkte an, man solle das Anliegen der AfD-Fraktion respektieren. Für ihn sei der Antrag in Ordnung und er werde dem zustimmen. Er rate jedoch

davon ab, den Antrag nur aufgrund des Ursprungs in der AfD-Fraktion abzulehnen.

Herr Jacques wies diese Unterstellung zurück. Es müsse jedoch auch erlaubt sein, offensichtlich sinnlose Anträge abzulehnen. Schließlich sei das Thema in Arbeit und die Finanzlage der Stadt sei schlecht. Die SPD-Fraktion werde aus diesen Gründen den Antrag ablehnen.

Herr Hellwig stimmte den Ausführungen von Herrn Jacques zu. Auch die Gruppe CDU/WBV werde den Antrag ablehnen, da dieser sinnlos sei. Anschließend begründete Herr Hellwig diese Auffassung.

Nach weiteren Wortmeldungen von **Herrn Dr. von Teichman** und **Herrn Ehlers**, der sich speziell gegen eine Zusammenarbeit mit der AfD-Fraktion im Rat aussprach, beantragte **Oberbürgermeister Feist „Schluss der Debatte“**.

An der sich anschließenden sehr kontrovers geführten Diskussion zum Geschäftsordnungsantrag, dessen Zeitpunkt und den Äußerungen von Herrn Ehlers beteiligten die Ratsmitglieder **Moriße, Bakir, Hellwig, Dr. Schulte, Prof. Preuß** und, **Danner** sowie **Herr Schönfelder**.

Die **Eheleute Moriße verließen** nach vehementem Protest von Seiten Herrn Moriße gegenüber den Äußerungen von Herrn Ehlers **den Ratssaal**.

Herr Ehlers stellte anschließend seine Aussage bezüglich der Zusammenarbeit mit der AfD-Fraktion im Rat klar.

Der **Geschäftsordnungsantrag** von Oberbürgermeister Feist wurde daraufhin **mehrheitlich angenommen**.

Anschließend erfolgte die Abstimmung über den **Änderungsantrag** von Herrn Moriße. Dieser wurde bei 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-
(bei 1 Ja-Stimme und 1 Enthaltung)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, die vorläufige Investitionssumme von 90.000,00 € für den Tierfriedhof in den Wirtschaftsplan 2022 mit Zielsetzung „Erstellung eines Tierfriedhofs in Wilhelmshaven“ einzubringen.

7.7 Schulausschuss (Ratsfrau Weinstock)7.7.1 Berufung neuer Schulausschussmitglieder auf Vorschlag des Stadtelternrates **159/2021**

Frau Weinstock trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 14.06.2021 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Auf Vorschlag des Stadtelternrates (StER) werden als stellvertretende Mitglieder für den StER (Elternschaft allgemeinbildende Schülerschaft) in den Schulausschuss berufen:

Als 1. stellvertretendes Mitglied Herr Michael Schulz, Brommystr. 121, 26384 Wilhelmshaven, und als 2. stellvertretendes Mitglied Herr Detlev Jonas, Kieler Str. 23, 26382 Wilhelmshaven.

8 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Feist berichtete über

- den Besuch von Herrn Ministerpräsidenten Weil am heutigen Tag an der IGS sowie der Volkshochschule
- die Wiedereinführung der allgemeinen Öffnungszeiten für Publikum im Rathaus ab dem 21.6. und über
- den aktuellen Sachstand bezüglich der Marion-Dönhoff-Schule.

Herr Marušić ergänzte mit Informationen

- zum aktuellen Sachstand bezüglich des Tropenhauses am Botanischen Garten und
- zum möglichen Umzug der Firma Alba.

9 Anträge9.1 Antrag Gruppe GUS: Beseitigung Obdachlosigkeit **542/2021**

Herr Tönjes trug den Antrag der Gruppe GUS vor und begründete diesen. Anschließend beantragte er für die Gruppe GUS die folgende **Änderung**:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. Konzepte entsprechend der Entschließung des EU-Parlaments vom 23.November 2020, die Obdachlosigkeit in der Union bis 2030 zu beenden, zu erarbeiten.

2. kurzfristig ein Konzept zu erstellen, welches eine tragfähige Lösung für die Obdachlosenhilfe Wilhelmshaven bedeutet, bis das Ziel, die Obdachlosigkeit zu beenden, erreicht ist. Hiermit verbunden sollen sein: Mittel, Fachpersonal und die Bereitstellung einer Immobilie.

3. mitzuteilen, bis wann sie dies den Ausschüssen und dem Rat zur weiteren Beratung und Beschlussfassung vorlegen kann.“

Herr Jacques beantragte die **Verweisung an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration**.

Der Verweisungsantrag wurde bei 1 Enthaltung **einstimmig angenommen**.

Beschluss: -an Fachausschuss **verwiesen-**

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. Konzepte entsprechend der EntschlieÙung des EU-Parlaments vom 23. November 2020, die Obdachlosigkeit in der Union bis 2030 zu beenden, zu erarbeiten.
2. bis zur Beendigung der Obdachlosigkeit ein Konzept zu erstellen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen, welches eine tragfähige Lösung für die Obdachlosenhilfe Wilhelmshaven bedeutet. Hiermit verbunden sollen sein: Mittel, Fachpersonal und die Bereitstellung einer Immobilie.
3. mitzuteilen, bis wann sie dies dem Rat und den Ausschüssen zur weiteren Beratung vorlegen kann.

10 Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde, noch Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

gez.

Becker
Ratsvorsitzender

gez.

Feist
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin